Deutscher Bundestag **Drucksache 16/1879**

16. Wahlperiode 20. 06. 2006

Antrag

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Heike Hänsel, Hans-Kurt Hill, Dr. Barbara Höll, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Eva Bulling-Schröter, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Lutz Heilmann, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Für demokratische internationale Entscheidungsprozesse statt G8

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vom 15. bis 18. Juli 2006 treffen in St. Petersburg/Russland die Regierungschefs der so genannten G8-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA) zusammen. Auf den Gipfeltreffen der G8 werden regelmäßig Verabredungen von globaler Tragweite getroffen. Über die alljährlichen Gipfeltreffen hinaus koordiniert die G8, zum Beispiel auf der Ebene informeller Fachministertreffen und in Expertenrunden, die Politik der mächtigsten Staaten in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen von globaler Bedeutung. Dabei hat die G8 ihr Themenspektrum während der letzten Jahre stetig erweitert. Sie nimmt Einfluss auf die Geschäftspolitik von IWF und Weltbank, trifft Absprachen im Kampf gegen den Terrorismus und zur Abwehr von Flüchtlingen, zu Klimaschutz, Schuldenproblematik, Energiefragen und zur Reform der Vereinten Nationen.

An den G8-Treffen nehmen Regierungen von Staaten teil, in denen insgesamt ein knappes Siebtel der Weltbevölkerung lebt. Es werden in dieser Runde aber politische und ökonomische Entscheidungen gefällt, die Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und auf Entwicklungschancen vieler Länder und Regionen haben – insbesondere solcher Länder und Regionen, die auf den G8-Tagungen nicht mit am Tisch sitzen. Gleichzeitig werden mit der Verlagerung von grundlegenden politischen und ökonomischen Entscheidungen auf die Ebene von Absprachen zwischen Regierungen, ohne Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeit der nationalen Parlamente und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die demokratisch gewählten Parlamente entmachtet. Für die Tragweite der Themen, über die der G8-Gipfel entscheidet, fehlt ihm die Legitimität.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich auf den Sozialforen neue demokratische Wege der politischen Auseinandersetzung und Meinungsbildung im internationalen Maßstab zunehmend erfolgreich erproben und dass dort Alternativen zur herrschenden neoliberalen Wirtschafts- und Entwicklungsdoktrin erarbeitet werden. Die Kritik an der Politik der G8 und allgemeiner an der Machtanmaßung der G8-Regierungen drückt sich außerdem in regelmäßigen massiven Protesten gegen die G8-Gipfeltreffen aus. Den Gipfel 2005 in der britischen Ortschaft Gleneagles begleiteten rund 200 000 Demonstrantinnen und Demonstranten. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Proteste, die zum G8-Gipfel in

St. Petersburg angekündigt wurden, und ruft die russische Regierung auf, diese Proteste nicht zu behindern.

Das neoliberale Wirtschafts- und Entwicklungsmodell, das die G8 repräsentiert, hat Lebens- und Entwicklungschancen vieler Menschen und Regionen im Süden und im Norden zerstört und nur wenige am wachsenden Wohlstand beteiligt. Dass dieses Modell weltweit an Bindungskraft verliert, zeigen beispielsweise die politischen Veränderungen in Lateinamerika und Europa. In vielen Ländern werden Vertreterinnen und Vertreter dieses Modells abgewählt und soziale und demokratische Alternativen diskutiert und eingefordert. Die aktuellen regionalen Integrationsbestrebungen in Lateinamerika, die den Versuch unternehmen, internationale Beziehungen partnerschaftlich zu organisieren, stellen ein Gegenmodell zu den bisherigen dominanzgeprägten Nord-Süd-Beziehungen dar. Die erfolgreiche Mobilisierung gegen neoliberale Projekte in Europa (Scheitern des Verfassungsentwurfs, Protest gegen die Dienstleistungsrichtlinie, erfolgreicher Widerstand in Frankreich gegen die Arbeitsmarktreform) stellt die Politik der G8 zusätzlich in Frage.

Der russische Präsident und Gastgeber des diesjährigen G8-Gipfels, Vladimir Putin, hat angekündigt, die globale Energiesicherheit zu einem zentralen Thema des Gipfels machen zu wollen. Als Basis hat er einen „Saint-Petersburg Plan of Action – Global Energy Security“ vorgelegt. Geplant und koordiniert werden soll nach Vorschlag Russlands die globale Energiepolitik künftig von regelmäßigen jährlichen Treffen der Energieminister der G8 mit den Vorsitzenden der Internationalen Energieagentur, des Internationalen Energieforums, der OPEC und der führenden Energieimporteure und -exporteure.

Kernstück soll die Liberalisierung der globalen Energiemärkte sein. Der freie Markt für Konzerne im Energiesektor soll ausgebaut, politische und administrative Hindernisse sollen beseitigt, letztlich soll die Möglichkeit einer nachhaltigen staatlichen Energiepolitik zugunsten des freien Marktes aufgegeben werden. Die hohen Investitionen der Unternehmen für die Rohstoffgewinnung sollen durch langfristige Lieferverträge abgesichert werden. Damit wird einerseits die Ausbeutung von Rohstoffen in Entwicklungsländern durch Konzerne aus den Industrieländern forciert. Ihr „natürlicher Reichtum“, oftmals der einzige, den sie haben, wird auf diese Weise in die Industrieländer transferiert. Anderseits wird die nationale Gestaltungsfreiheit in der Energiepolitik durch die langfristige Bindung an Produzenten zumindest stark eingeschränkt. Durch den Saint-Petersburg Plan of Action würde das schon heute beträchtliche Erpressungspotenzial der Energiekonzerne weltweit gestärkt werden.

Der Zugriff auf Energierohstoffe war schon immer ein wichtiger Grund für kriegerische Handlungen. Bei knapper werdenden Ressourcen steigt damit auch die Kriegsgefahr. In der G8 sind Länder versammelt, die sich auch in der Vergangenheit nicht gescheut haben, gewaltsame Aktivitäten von der Unterstützung von Umstürzen bis hin zu Kriegen für ihre Rohstoffinteressen zu unternehmen. Deshalb darf die globale Energiepolitik nicht allein diesen mächtigsten Industrienationen überlassen werden.

Energiepolitisch setzt der „Saint-Petersburg Plan of Action – Global Energy Security“ weiterhin auf die hohe Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieträgern und will deren Produktion steigern. Die Nutzung regenerativer Energieträger wird zwar ebenfalls erwähnt, auffällig ist jedoch das Fehlen jeglicher Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien. Auf dem vorbereitenden G8-Ministertreffen am 16. März 2006 in Moskau warb die russische Regierung für den Ausbau der Atomkraft und insbesondere für Programme zur Versorgung von Entwicklungsländern mit Atomenergie.

Vehikel für den weltweiten Ausbau der Atomenergienutzung soll die Einrichtung von Internationalen Brennstoffzentren unter Aufsicht der Internationalen

Atomenergiebehörde (IAEA) sein. In diesen „Dienstleistungszentren“ sollen die kompletten Arbeiten der Brennstoffketten stattfinden, inklusive Urananreicherung und Atommülllagerung. Den Entwicklungs- oder Schwellenländern werden Atomkraftwerke inklusive den fertigen Brennstoffen verkauft, finanziert von den Regionalen Entwicklungsbanken unter der Ägide der Weltbank. Die Tatsache, dass in der Weltbank tatsächlich über den Einstieg in die Förderung von Atomenergie im Rahmen von Entwicklungskrediten nachgedacht wird, verleiht den russischen Vorschlägen eine beträchtliche Brisanz.

Von der Bundesregierung werden gegenwärtig unterschiedliche Signale zu diesem Thema ausgesandt. Während die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, erklärt (vgl. Interview in der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Mai 2006), gegen die Finanzierung der Atomenergie durch die Weltbank Front zu machen, verwies Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Vorschlägen Vladimir Putins lediglich auf die Atomausstiegspläne in Deutschland, verlautbarte aber keine Kritik an der Haltung des russischen Präsidenten.

Eine langfristige Weichenstellung für die Intensivierung der Ausbeutung der konventionellen Energieträger ist der falsche Weg und zementiert die derzeitige umwelt- und klimaschädliche Energieversorgung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert ungeachtet der grundsätzlichen Kritik an der G8 die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass

1. der „Saint-Petersburg Plan of Action – Global Energy Security“ zurückgewiesen wird. Die Bundesregierung muss sich für eine international gerechte und ökologisch verträgliche Energiepolitik einsetzen, bei der die unterschiedlichen Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen gleichberechtigt agieren können;
2. staatliche Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Energiesektor nicht eingeschränkt werden. Im Gegenteil sollen solche Bemühungen unterstützt werden, die – wie in Bolivien – darauf abzielen, die Verfügung über die Energiequellen, Energieerzeugung und -distribution wieder stärker unter demokratische Kontrolle zu stellen. Versorgungssicherheit für alle zu sozial verträglichen Preisen muss Vorrang vor den Profitinteressen der Konzerne haben;
3. es keinen Einstieg der Weltbank in die Finanzierung von Atomenergie gibt und dass davon Abstand genommen wird, den Bau von Atomkraftwerken in Ländern der Dritten Welt mit Entwicklungskrediten zu fördern. Die Bundesregierung darf keine Festlegungen treffen, die den Ausbau der Atomenergienutzung befördern, sondern muss sich gerade auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Tschernobyl international für einen Ausstieg aus der Atomenergienutzung einsetzen;
4. der Ausbau der erneuerbaren Energien und eine effiziente Nutzung von Energie als Kernbeiträge für eine nachhaltige Energieversorgung in den Mittelpunkt einer internationalen Energiepolitik gestellt und entsprechende Zielvorgaben festgelegt werden. Öffentliche Mittel dürfen nicht weiter in die Finanzierung der Atomenergienutzung gesteckt werden, sondern müssen in ausreichendem Maße für erneuerbare Energien und Energieeinsparungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden;
5. auf dem G8-Gipfel in St. Petersburg und auf künftigen Treffen der G8 auf allen Ebenen darauf verzichtet wird, Entschlüsse herbeizuführen, durch welche die politischen Handlungsspielräume nicht beteiligter Staaten eingeschränkt werden. In diesem Sinne muss darauf verzichtet werden, Verabredungen der G8 über multinationale Institutionen oder durch ökonomischen bzw. diplomatischen Druck gegenüber an der Beschlussfassung Unbeteilig-

ten durchzusetzen. Regionale Integrationsbestrebungen in Lateinamerika und andernorts dürfen nicht durch bilaterale und multilaterale Freihandels- und Assoziierungsabkommen behindert werden;

6. die Kritikerinnen und Kritiker der G8 in St. Petersburg die Möglichkeit haben, ihren Protest ohne Angst vor Repressionen vorzubereiten und deutlich und gewaltfrei zu artikulieren. Diejenigen, die zur Teilnahme an Protestkundgebungen oder Demonstrationen nach Russland einreisen wollen, dürfen daran nicht gehindert werden;
7. eine freie Berichterstattung in vollem Umfang sichergestellt wird;
8. Verhandlungen über Themen von globaler Bedeutung grundsätzlich vor der globalen Öffentlichkeit und unter Einbeziehung aller Betroffenen bzw. ihrer Vertretungen geführt und parlamentarisch kontrolliert werden;
9. Verabredungen zu global relevanten Themen nicht im Rahmen der G8, sondern im Rahmen von legitimierten Gremien unter umfassender Beteiligung aller Staaten und unter ausdrücklicher Berücksichtigung der betroffenen Interessen getroffen werden und dass dabei die gleichberechtigte Partizipation der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie die Einbindung der Parlamente und der Nicht-Regierungsorganisationen gewährleistet werden. Den geeigneten Rahmen dafür würden in ihren Kompetenzen gestärkte und demokratisierte Vereinte Nationen abgeben.

Berlin, den 31. Mai 2006

Ulla Lötzer
Heike Hänsel
Hans-Kurt Hill
Dr. Barbara Höll
Monika Knoche
Hüseyin-Kenan Aydin
Eva Bulling-Schröter
Dr. Diether Dehm
Wolfgang Gehrcke
Lutz Heilmann
Dr. Hakki Keskin
Katrin Kunert
Michael Leutert
Dr. Norman Paech
Paul Schäfer (Köln)
Dr. Kirsten Tackmann
Alexander Ulrich
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333